

PRESSEMITTEILUNG

Physiker und Chemiker appellieren an Bund und Länder:

BLK-Kompromiss zur Exzellenzinitiative für die deutsche Forschung jetzt umsetzen

Bad Honnef/Frankfurt, 8.4.2004 – Die Deutsche Physikalische Gesellschaft (DPG) und die Gesellschaft Deutscher Chemiker (GDCh) begrüßen im Grundsatz den Kompromiss zur „Exzellenzinitiative“ für die deutsche Forschung, auf den sich am 6. April die Bund-Länder-Kommission (BLK) auf Ebene der Fachminister verständigt hat. Sie appellieren an die Bundesregierung und die am 14. April 2005 tagende Konferenz der Ministerpräsidenten der Länder, den Vorschlag der BLK anzunehmen und die Vereinbarung zügig in Kraft zu setzen. Die durch den Bund-Länder-Streit um die Modernisierung der bundesstaatlichen Ordnung entstandene Blockade der Bereitstellung zusätzlicher Finanzmittel für Programme, welche die Wissenschaft in Deutschland dringend braucht, hat dem Ansehen der deutschen Forschungspolitik im In- und Ausland geschadet. Die beiden Fachgesellschaften, die zusammen über 70.000 Mitglieder repräsentieren, erinnern insbesondere die Ministerpräsidenten der Länder an ihre Verantwortung für die Forschung in Deutschland als Grundlage technischer und wirtschaftlicher Leistungsfähigkeit.

Die beiden Fachgesellschaften begrüßen die Bereitstellung von insgesamt 1,9 Milliarden Euro über die nächsten 5 bis 6 Jahre zur Förderung von Graduiertenschulen und Spitzenforschung sowie von Exzellenz-Clustern zwischen Universitäten und außeruniversitären Partnern. Ebenfalls begrüßen sie die geplanten Maßnahmen zum Ausbau der Infrastruktur an den Hochschulen. „In Anbetracht der hohen Kosten moderner Forschung hätte man sich ein höheres Finanzvolumen gewünscht. Dennoch werden diese Mittel spürbar sein und eine positive Wirkung haben“, meint DPG-Präsident Prof. Knut Urban.

Exzellenz in der Forschung ist keine Frage politischer Zuordnung, sondern allein das Ergebnis herausragender Leistung im internationalen Vergleich. Daher unterstützen GDCh und DPG die im Vorschlag der BLK enthaltene Verpflichtung zu einer „politikfernen“ Auswahl der Förderprojekte unter Federführung von Wissenschaftsrat und Deutscher Forschungsgemeinschaft. Deren Fachexpertise sollten die an der Endauswahl der Projekte beteiligten Ministerien auch zur Grundlage ihrer eigenen Entscheidung machen. Länder- und Institutionenproporz wären in höchstem Maße schädlich für eine Initiative, die ihre Hauptwirkung über die Stärkung der Konkurrenz erzielen könnte.

„Forschung und die auf Forschungsergebnissen aufbauende deutsche Industrie muss sich in einem immer schärfer werdenden Wettbewerb um Forschungsergebnisse und wirtschaftliche Erfolge bewähren. Die Forschung ist daher denkbar ungeeignet, um sie in der innerstaatlichen politischen Auseinandersetzung als Druckmittel zu benutzen“, sagt Prof. Henning Hopf, Präsident der GDCh. Die beiden Fachgesellschaften hoffen daher sehr auf die Einsicht aller Bundesländer, damit auf der Konferenz der Ministerpräsidenten am 14. April ein längst überfälliger Kompromiss in die Tat umgesetzt wird.